

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein
Referat VII 21 - EFRE-Verwaltungsbehörde
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

CyKlone Tidal Energy
UG (haftungsbeschränkt)
Am Altendeich 83
25348 Blomesche Wildnis

Email info@cyklone.earth
Web www.cyklone.earth

Per Kurierpost

Ebenso an
efre.schleswig-holstein@wimi.landsh.de
sebastian.wilckens@wimi.landsh.de
ala2@wimi.landsh.de
anja-verena.schmid@wimi.landsh.de
poststelle@wimi.landsh.de
Fax: 0431 988-4812

Blomesche Wildnis, den 23.10.2021

Stellungnahme zum OP EFRE 2021 - 2027

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Aufruf zur Bürgerbeteiligung.

Die Firma CyKlone Tidal Energy UG möchte zu Ihrem Entwurf wie folgt Stellung nehmen.

Meldepflicht von Regelverstößen

Im Sport ist es üblich, Regelverstöße von Vereinen bei der Finanzierung oder Regelverstöße von einzelnen Sportlern zum Beispiel im Bereich Doping zu melden und durch eine unabhängige Kommission untersuchen zu lassen.

Praxisbeispiel - Die Fußball WM in Katar

Es ist reichlich seltsam, eine WM mitten im Winter zu spielen, in einem Land das auf der Karte des Weltfußballs einen völlig unbedeutenden Platz einnimmt aber in große Vereine weltweit investiert ist.

Mit der WTSH haben wir die Erfahrung gemacht, dass Regelverstöße, zum Beispiel

- die Verweigerung der Beratung und Auskunftspflichten
- das Abtauchen der Geschäftsführung
- das Ausbleiben von Stellungnahmen
- das Ausbleiben von Zahlungen ohne Begründung
- widersprüchliche Aussagen zu den Abrechnungsverfahren
- die Aufstellung der Behauptung, erteilte Zuwendungsbescheide seien nicht rechtsgültig

somit insgesamt falsche oder rechtlich unzutreffende Aussagen, nicht zeitnah und wirksam gemeldet werden können. Aus unserer Sicht gibt keine institutionelle Instanz, welche die WTSH wirksam beaufsichtigen und Regelverstöße veröffentlichen kann.

Da es keine Meldestelle für Regelverstöße gibt, haben wir uns für den Weg des Beteiligungsverfahrens entschieden, um diese Missstände öffentlich zu machen mit dem Ziel, für die Zukunft eine Verbesserung zu erzielen.

Wir beantragen im Rahmen der Bürgerbeteiligung folgende Maßnahmen vor Implementierung der kommenden EFRE-Förderperiode in Schleswig-Holstein:

1. Wir beantragen per sofort, dass alle laufenden Institutionen und Verfahren durch eine unabhängige Prüfungsstelle auf diese Missstände systematisch untersucht werden, unabhängig von den in diesem Schreiben aufgeführten vermuteten Regelverstößen.
2. Bei Bekanntwerden von Regelverstößen müssen diese umgehend zur Anzeige gebracht werden und mit Disziplinarmaßnahmen geahndet werden.
3. Sofern es sich um strafrechtlich relevante Vergehen handelt, sind diese umgehend an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten beziehungsweise Anzeige durch die Prüfinstitution zu stellen.
4. Wir schlagen vor, das strafmildernde Verfahren der Selbstanzeige, wie in anderen strafrechtlichen Zusammenhängen, Informationen durch Whistleblower und Kronzeugen systematisch in die Untersuchungen mit einzubeziehen.
5. Das augenscheinlich planvolle und organisierte gemeinsame Vorgehen gegen Klimaschutzziele von Vertretern der Gasindustrie und die geltende Rechtsprechung in Bezug auf den Klimaschutz und die schützenswerten Rechte zukünftiger Generationen muss dringend untersucht werden.
6. Möglichkeiten zur Zweckentfremdung oder Unterschlagung von EU-Mitteln, eine missbräuchliche Verwendung von Landesmitteln, Subventionsbetrug sind einzuschränken

7. Die unzulässige Einflussnahme auf Abrechnungsverfahren, Zugriff auf zweckgebundene Mittel, Vorteilsnahme ist einzustellen.
8. Absprachen zwischen Marktteilnehmern, bis zur Bildung krimineller Vereinigungen, die eklatante Verstöße gegen das Kartellrecht darstellen mit dem Ziel der Absprache von organisierten Aktionen zur Einflussnahme auf die Landespolitik und deren Institutionen sind zu recherchieren und in Zukunft zu vermeiden
9. Die Untergrabung von staatlicher Organisation mit dem Ziel die gemeinsame Agenda zum Nachteil kleinerer Unternehmen und des Klimaschutzes an demokratisch gewählten Institutionen durchzusetzen muss sofort aufhören.
10. Vorspiegelung von Klimaschutzmaßnahmen, Greenwashing sind zu verhindern.
11. Verstöße gegen die Punkte 1 - 10 und insbesondere die Zweckentfremdung oder Unterschlagung von Mitteln für den Klimaschutz sind als Umweltstraftat zu behandeln, da vermeidbare Emissionen nicht reduziert werden und damit die Schutzrechte künftiger Generationen verletzt werden.
12. Wir empfehlen die Gründung einer Task Force Klimaschutz-Kriminalität auf Ministerialebene, z.B. Justiz, Inneres, Klima.

Zum Unternehmen CyKlone Tidal Energy UG:

Das Energiewende-Bundesland Schleswig-Holstein haben wir vor sechs Jahren wegen seiner Struktur kleiner aktiver erfolgreicher Unternehmen angesteuert. Wir haben erwartet, dieselbe Unterstützung zu erfahren, welche unsere Mitbewerber in den Niederlanden, Frankreich, Portugal, Italien, Irland, England, Belgien und Norwegen aus EU Mitteln für Klimaschutz erhalten. Hamburg empfanden wir seit dem Aktionsbündnis "Nein zum Netzkau" und dem Sponsoring von Shell des Clusters Erneuerbare Energie Hamburg nicht mehr als sicheren Hafen für unser Unternehmen mit hohem Potential zur Reduzierung von Treibhausgasen.

A. Gefahren für Unternehmen durch die Unterwanderung und Kontrolle von Cluster, Branchenverbänden und privatisierte Verwaltung

Wir stehen als KMU bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein im globalen Wettbewerb mit großen Unternehmen. Die Gefahr der Benachteiligung von Startups durch Verdrängung und Industriespionage ist zu hoch. Üblicherweise profitiert der Staat von der Förderung erfolgreicher Gründung, insbesondere durch die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Dieses Ziel wird gefährdet, indem man es zulässt dass halbprivate Institutionen für die Verdrängung von kleinen Mitbewerbern, die Blockade von innovativen Klimatechnologien und die Schaffung

eines unebenen Spielfeldes instrumentalisiert werden, ungeachtet ursprünglich hehrer Intentionen bei der Gründung.

Oftmals spielen schon bei der Gründung von Verbänden und Clustern große Marktteilnehmer eine tragende Rolle. In Absprachen wird die Gründung verabredet und diese Verbände dann für kleinere Unternehmen geöffnet, gleiches gilt für Branchenveranstaltungen. Diese Entwicklungen haben zu einem Kahlschlag in den Erneuerbaren Energien in S-H geführt.

In der derzeitigen Konstellation wächst nichts Lebensfähiges nach und Förderung wird für den Staat zu einem Zuschussgeschäft ohne dauerhafte Ansiedlung von Unternehmen.

Hochqualifizierte Fachkräfte sammeln Erfahrungen, gehen zurück in ihre Heimatländer oder verkaufen an die Industrie, wo die Projekte nach 5 Jahren eingestellt und die Gründer herausgedrängt werden. Unzufriedene Gründer oder kritische Mitarbeiter verlassen oft früh solche jungen Unternehmen, sobald diese unter den Einfluss der Industrie geraten. Die Folge ist die Abwanderung insbesondere von an den Universitäten in Schleswig-Holstein teuer ausgebildeter Spezialisten zu Großunternehmen außerhalb von Schleswig-Holstein. Von dieser Politik gegenüber Start Ups und KMU profitiert derzeit vor allem das Bundesland Hamburg als direkter Konkurrent.

Die Zerschlagung ganzer Industrieunternehmen und Dienstleister in S-H zeigt, unter welchem Einfluss die teilprivatisierte WTSH in Schleswig-Holstein aktuell leidet. Die Abwanderung von Firmen und Fachkräften verletzt die Landesinteressen der Bürger Schleswig-Holsteins bei der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Einsatz von Steuergeldern in der Förderung. Auch die EU-Mittel, um die es hier geht, sind letztlich vom Bürger durch Steuern aufzubringen und sind zweckdienlich und sorgfältig im Sinne der Ziele der Landesregierung einzusetzen.

B. Einflussnahme mittels Verbänden, Cluster und teilprivatisierter Verwaltung zur Verzögerung der Energiewende

Die Agenda globaler Energieerzeuger steht mit den Landesinteressen im Klimaschutz dauerhaft im Konflikt. Gleichzeitig haben global agierende Unternehmen erheblichen Einfluß auf die Energiepolitik des Landes, sind teilweise in den entsprechenden Ministerien verankert. Auch in anderen Bundesländern sind diese Tendenzen zu erkennen.

Wir verweisen hier auf den Dieselskandal und dessen juristische Tragweite und plädieren, die verdeckten Aktivitäten fossiler Industrie gegen Klimaschutz keinesfalls zu unterschätzen und die Unabhängigkeit der Klimapolitik in Schleswig-Holstein und die insbesondere Entscheidungsautonomie der Ministerien zu verteidigen. Das gilt ganz besonders für EU-Fördermittel im Klimaschutz.

Die Beteiligung einer teilprivatisierten Verwaltung ist wegen der Gefahr der Korruption durch Lobbyinteressen abzustellen, um den Ruf von Schleswig-Holstein als Investitionsstandort zu wahren. Es ist zu überprüfen, ob Akteure in der teilprivatisierten Verwaltung der WT.SH Rollen in konkurrierenden Institutionen oder Firmen innehaben oder hatten. Die Einflussnahme Dritter, gleich ob

- Angehöriger der Verwaltung anderer Bundesländer
- Angehörige von fossilen Unternehmen und Unternehmensverbänden
- ehemalige Vorstände fossiler Konzerne
- Marketingspezialisten für "Greenwashing"

ist konsequent abzulehnen, bei allen Projekten mit Relevanz für die Klimaschutzziele des Landes Schleswig-Holstein.

Zur Erreichung der mit dem EFRE Programm geäußerten Klimaschutzziele ist eine mögliche Einflussnahme durch z.B. Personen mit konfliktbehafteten Lebensläufen auszuschließen. Es bietet sich an, bei Neubesetzungen die gleiche Sorgfalt anzuwenden, wie bei Institutionen der Sicherheit.

C. Die Unterwanderung von Clustern schadet der Wettbewerbsfähigkeit des Landes

Die Unterwanderung von Institutionen stellt ein grundsätzliches Problem innerhalb von Clusterstrukturen und Kompetenzbündelung innerhalb von teilprivatisierten Strukturen dar. Hierfür gibt es in Norddeutschland auf höchster Ebene zahlreiche Beispiele.

Wir fordern hiermit die Ergebnisse der bundesweiten Benchmark Studie zur Evaluierung der Ergebnisse des OP EFRE 2014-2020 seitens der Europäischen Union anzuerkennen und richtig einzuordnen.

Quelle: Studie zur intelligenten Spezialisierung in Deutschland, Finaler Bericht Vertrag No. 2020CE160AT002

In dieser Studie hat z.B. Hamburg mit seinen großen Akteuren der Wirtschaft und Netzwerken seine Stellung um + 4,3 Punkte durch aggressives Vorgehen in Clustern verbessert. Schleswig-Holstein hat sich dagegen um -9,8 Punkte verschlechtert. Es wäre fatal, die derzeitige Aufstellung gegenüber dem Bundesland Hamburg als Erfolg regionaler Zusammenarbeit als Gewinn für Schleswig-Holstein zu betrachten. Eine Exzellenzcluster-Strategie funktioniert nur mit Fair Play, durchgesetzt durch die Ministerien.

Aus den dargelegten Gründen warnen wir eindringlich davor, externe Einflüsse von Wirtschaftsverbänden und Nachbarländern auf die Entscheidungen von Ministerien und deren Verwaltungen hinzunehmen.

Es ist dringend zu überprüfen, ob in den teils privatisierten Strukturen wie der WT.SH massiv gegen Innovation zum Nachteil von Schleswig-Holstein und zugunsten großer globaler Unternehmen koordiniert vorgegangen wird.

Die Befürchtung, bestimmte Unternehmen mit gebündelten Aktivitäten in Energie, Netztechnik, Digitalisierung, Telekommunikation, künstlicher Intelligenz, Transport- und Logistik, Maritimer Wirtschaft und Life Sciences haben sich die wachsende Autonomie aus dem Geist der Pioniere der Energiewende zum Ziel gezielter wirtschaftlicher und medialer Störaktionen genommen und Akteure in der staatlichen und halbstaatlichen Verwaltung in Norddeutschland installiert ist in Ansätzen belegbar und bedarf dringender Aufklärung.

Unternehmer in Schleswig-Holstein berichten uns in Bezug auf die WT.SH von unerklärlichen Schwierigkeiten, zurückgenommen Entscheidungen und ausbleibender Unterstützung bei gleichzeitigen Versprechen, Fördermittel rasch und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Wir kennen zahlreiche Fälle von Unternehmen, die unter erheblichen Verzögerungen leiden, welche einem zeitnahe Markthochlauf und der Einbindung von privaten Investoren regelmäßig in der Projektorganisation im Weg stehen.

D. Konsequenzen der Unterwanderung für den Klimaschutz:

Werden Gerichtsurteile wie das BVG Urteil zur Generationengerechtigkeit ignoriert oder die Einhaltung des 1,5° Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens gestört, steht dies im Widerspruch zu klar formulierten Klimaschutzzielen des Landes und der Rechte der Bürger von Schleswig-Holstein auf ihre Lebensgrundlagen. Dies gilt auch für Verstöße gegen Wettbewerbsrecht, Vergaberecht, Haushaltsrecht, ggf. Amtseide sowie Unterlassung bzw. Verletzung von Gleichbehandlungs-, Schutz-, Sorgfalts- und Fürsorgepflichten im Amt.

Wir bitten nachdrücklich darum, den Verdacht der Unterwanderung und gezielter Sabotage der Förderprogramme Schleswig-Holsteins ernst zu nehmen und aus schädlichen Aktivitäten umgehend auszusteigen. Für weitere Informationen stehen wir unter der Aktion #megaphonistan mit der Webseite megaphonistan.eu zur Verfügung.

Diese Stellungnahme zur Bürgerbeteiligung äußern wir jedoch in eigener Sache als Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein.

Unsere Forderungen

Schleswig-Holstein ist kein sicherer Hafen für Klimaschutzprojekte mehr, aufgrund der intensiven von Vertretern der globalen Gasindustrie drängt sich der Eindruck auf, dass nach der erfolgreichen Blockade von Mecklenburg-Vorpommern die Zerschlagung der erfolgreichen Energiewende-Champions in Schleswig-Holstein kein Zufall sein kann.

Es fällt zudem auf, dass die Mehrzahl der beantragen und auch der genehmigten Windenergieprojekte zunehmend von o.g. Akteuren gekauft werden und Fristen für die Genehmigung und Bau der Anlagen bis Ultimo, d.h. bis zu fünf Jahre nach Besicherung und Genehmigung ausgereizt werden. Insgesamt also planbare Verzögerungen von bis zu fünf Jahren für den Regionalplan, fünf für die BlmschG und fünf für den Bau.

Für das Land ergibt sich aus den o.g. Missständen die Verpflichtung, die Loyalität sämtlicher Unternehmens- und Wirtschaftsverbände, Cluster und der teilprivatisierten Akteure gegenüber den Landesinteressen bei seinen Klimaschutzzielen offen in Frage zu stellen.

Der IPCC verlangt dringendes und unverzügliche und wirksame Maßnahmen aufgrund der Kipppunkte des Klimas. Aufgrund des Ausbleibens von Emissionsminderungen nähern wir uns Kipppunkten des Klimasystems, deren Erreichen in wenigen Jahren den Schutz der Lebensrechte zukünftiger Generationen ausschließen und die Lebensgrundlagen aller Menschen auf dem Planeten unumkehrbar zerstören.

Daher ist umgehend mit der Umsetzung aller o.g. Punkte zu beginnen. Und zwar ab Bekanntwerden, d.h. dem 25.10.2021.

Unsere Forderungen:

- Die Energiewende in Schleswig-Holstein ist vor Sabotage und Demontage unbedingt zu schützen, das Sie bereits ein wesentliches Element der Wirtschaft des Landes darstellt und als Multiplikator Geld in die strukturschwachen Gemeinden bringt.
- Es ist wichtig, diese Erfolge als sehr angreifbar ohne staatliche Rückendeckung zu begreifen. Privatisierung-Strategien sind im jetzigen Stadium gegenüber global agierenden Konzernen mit einem vielfachen an finanziellen Mittel und konkurrierenden finanzstarken Bundesländern einfach unpassend und schädlich.
- Sie führen im Ergebnis, wie og. Zahlen belegen, zu strukturellen Schäden am Standort und verstärken das schiefe Spielfeld, auf dem sich Unternehmer in Schleswig-Holstein sowieso immer bewegen. Um die Energiewende umzusetzen, ist ein korruptes System unbedingt zu vermeiden. es ist eine offene Frage, welche Parteien hier derzeit wissentlich oder unwissentlich nicht loyal zu Schleswig-Holstein handeln.
- Es ist nicht im Sinne der Bürger, Einnahmen aus erneuerbaren Energien, Steueraufkommen ländlicher Gemeinden und zukunftsfähige Arbeitsplätze gleich wieder zu verlieren, weil sich Großunternehmen aus dem In- und Ausland durchsetzen. Wir verweisen hier auf Senvion als direkten

Konkurrenten von Nordex und Siemens-Gamesa. Industriespionage, Einflussnahme und nicht gut organisierter Zugang zu Fördermitteln zeigen hier beispielhaft, das Thema betrifft nicht nur uns.

- Viele Firmen der Energiewende sitzen derzeit in für sie ungünstigen Strukturen, die sie ausbremsen und auf lokalen und globalen Märkten behindern. Wir kennen persönlich das Schicksal vieler Gründer in erneuerbaren Energien, die sich im Rahmen von Clustern und Verbänden bzw. auf konfliktbehaftetes fossiles Geld eingelassen haben und damit sehr negative Erfahrungen gemacht haben. Aktuell wird nur der Schein von Fortschritt in einem potemkinschen Dorf nach außen gewahrt.
- Staatlich kontrollierte eigene Kompetenz im EU Wettbewerbsrecht unter gesicherter Kontrolle des jeweiligen Ministeriums und in ausreichender Personalstärke ist eine kritische Schlüsselkompetenz des Wirtschaftsstandortes, ohne die wachsende Unternehmen auf globalen Märkten nicht wettbewerbsfähig bleiben.
- Diese Fachkompetenz in Schleswig-Holstein aufzubauen ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg der Region und zur Ansiedlung von Arbeitsplätzen. Die wirksame Kontrolle über dieses Fachwissen ist zwingend in jedem Ressort in ausreichender Stärke und Qualifizierung vorzuhalten. Idealerweise schafft man Lehrstühle für EU Wettbewerbsrecht.
- Die marineblauen Plakate mögen hübsch sein, aber die Unternehmen werden in einer von anderen gestellten Falle gelockt und ausgeplündert. Wir können jedem Unternehmer und Gründer nur raten, sich von solchen Strukturen fern zu halten.

Für Alternativen sind wir jederzeit ansprechbar. Unser wirtschaftliches Überleben bei vollständiger Autonomie und gleichzeitigem Fortschritt belegen dies.

Die Demontage der Energiewende seitens der Industrie muss ein Ende haben, denn sie ist auch wirtschaftlich nicht im Sinne der zukünftigen Generationen von Schleswig-Holsteinern. Diese Menschen möchten wirtschaftliche Perspektiven in Ihrer Heimat. Da mit Unterwanderung jederzeit zu rechnen ist und man sich nicht auf ein faires Spiel angesichts globaler Konzerninteressen verlassen kann, schlagen wir vor, jegliche Naivität aus den Programmorschlag konsequent zu entfernen, denn nur eine realistische Neuaufstellung dient den Interessen der Bürger und Bürgerinnen von Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein muss wieder ein freier und sicherer Hafen für Spitzentechnologie der Erneuerbaren werden. Man kann immense Vorteile als kleines Bundesland generieren, wenn man der einzige erreichbare freie und sichere Hafen ist. Die Anfänge der Energiewende haben dieses Potential allen Bürgern in Schleswig-Holstein deutlich gemacht.

Diesen Geist des Aufbruchs möchten wir für die Bürger von Schleswig-Holstein und ihre innovativen und engagierten Unternehmer und Landespolitiker zurückerobern.

Bitte setzen Sie die Segel für OP EFRE 2021 - 2027 richtig und nutzen Sie den drehenden Wind des Aufbruchs in der Politik. Auf dem richtigen Kurs lossegeln kostet hier auch kein zusätzliches Geld, denn die EU kann unterstützen. Die Vermeidung der Abschöpfung von Mitteln spart vermutlich eher deutliche Beträge ein und eine Erhöhung der Wirksamkeit von Maßnahmen bringt frische Einnahmequellen.

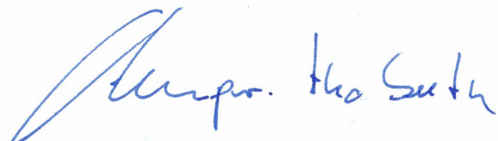
Die Bürgerinnen und Unternehmerinnen in Schleswig-Holstein werden es Ihnen danken.

Wir fordern die vorbehaltlose Unterstützung und Förderung von Gezeitenenergie in Schleswig-Holstein als Küstenland auf Grundlage der Untersuchungen der FH Kiel. Die Lobbytätigkeiten der in Grundlastversorgung konkurrierenden Gasindustrie über teilprivatisierte Cluster, Verbände, Veranstaltungen sowie bei WTSH und Wirtschaftsministerium sehen wir kritisch. Wir fordern zudem den Schutz unserer Geschäftsinteressen und unseres Know Hows ein.

Mit freundlichen Grüßen



Volker Osterlitz
(Geschäftsführender Gesellschafter)



Christian Kemper - tho Seeth
(Geschäftsführender Gesellschafter)

SENDEBERICHT



FAX-ID: 8890703
Empfänger: +494319884812
Sendezeitpunkt: 16:44 24.10.2021
Gesendete Seiten: 9
Übertragung: OK

Auszug der ersten FAX-Seite:



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus
des Landes Schleswig-Holstein
Referat VII 21 - EFRE-Verwaltungsbehörde
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

Per Kurierpost

Ebenso an
efre.schleswig-holstein@wimi.landsh.de
sebastian.wilckens@wimi.landsh.de
ala2@wimi.landsh.de
anja-verena.schmid@wimi.landsh.de
poststelle@wimi.landsh.de
Fax: 0431 988-4812

CyKlone Tidal Energy
UG (haftungsbeschränkt)
Am Altendeich 83
25348 Blomesche Wildnis

Email info@cyklone.earth
Web www.cyklone.earth

Blomesche Wildnis, den 23.10.2021

Stellungnahme zum OP EFRE 2021 - 2027

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Aufruf zur Bürgerbeteiligung.

Die Firma CyKlone Tidal Energy UG möchte zu Ihrem Entwurf wie folgt Stellung nehmen.

Meldepflicht von Regelverstößen

Im Sport ist es üblich, Regelverstöße von Vereinen bei der Finanzierung oder Regelverstöße von einzelnen Sportlern zum Beispiel im Bereich Doping zu melden und durch eine unabhängige Kommission untersuchen zu lassen.

Praxisbeispiel - Die Fußball WM in Katar

Es ist reichlich seltsam, eine WM mitten im Winter zu spielen, in einem Land das auf der Karte des Weltfußballs einen völlig unbedeutenden Platz einnimmt aber in große